Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 64. Dienstag, 17. März 1931, abends. 84. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Das Genfer Handelsabkommen endgültig angenommen.

Die gestrige Reichstagssitzung aufgehoben.

Am Montag abend wurden im Reichstag auch die nachträglich auf die Tagesordnung gesetzten sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge beraten, die sich gegen Aufforderung zum politischen Mord wenden und schärfere Bestimmungen über den Handel mit Waffen und Munition sowie Aufhebung des Verbotes des Rotfrontkämpferbundes fordern. Der sozialdemokratische Abgeordnete Sollmann begründete den Antrag seiner Partei, wobei er von den Kommunisten mehrfach stürmisch unterbrochen wurde. Als dann der kommunistische Abgeordnete Lobagen heftige Angriffe gegen den Faschismus richtete und auch die sozialdemokratischen Führer wegen Handlangerdiensten beschuldigte, wurde ihm vom Vizepräsidenten Esser schließlich das Wort entzogen. Als der Redner den wiederholten Aufforderungen des Vizepräsidenten nicht nachkam, hob dieser die Sitzung auf. — Nach einer Viertelstunde wurde die Reichstagssitzung wieder eröffnet, wobei Vizepräsident Esser mitteilte, daß der kommunistische Abgeordnete Lobagen auf Grund der Geschäftsordnung wegen fortgesetzter Widersetzlichkeit gegen die Anordnungen des Präsidenten auf 20 Sitzungstage ausgeschlossen worden ist. Nachdem dann die Aussprache noch kurz fortgesetzt worden war, wurde der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen, der kommunistische Antrag gegen die Antragsteller abgelehnt.

*

Der Sitzungsbericht.

vdz. Berlin, 16. März 1931.

Reichstagspräsident Löbe eröffnet die Reichstagssitzung um 2 Uhr und teilt mit, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen Antrag eingebracht hat, der eine **wirksame Bekämpfung von Aufforderungen zum politischen Mord und schärfere Bestimmungen über den Handel mit Waffen und Munition verlangt.**

Abg. Agatz (Komm.) verweist auf das **Attentat auf kommunistische Funktionäre in Hamburg.** Wieder sei ein Menschenleben der feigen braunen Mordpest zum Opfer gefallen, die aus den Kreisen der Schwerindustrie finanziert werde und auch auf sozialdemokratischer Seite Unterstützung finde. (Großer Lärm bei den Sozialdemokraten.) Er beantragt sofortige Aufhebung des Verbots des Rotfrontkämpferbundes und sämtlicher Demonstrationsverbote.

Beide Anträge werden, miteinander verbunden, auf die Tagesordnung gesetzt, wie es die Antragsteller verlangt hatten.

Das Haus setzt dann die **zweite Beratung des**

Haushalts des Reichsarbeitsministeriums

fort.

Abg. **Lambach** (Kons.) erklärt, daß die Ursache der heutigen Arbeitslosigkeit nicht etwa in der Sozial- und Wirtschaftspolitik zu suchen sei. **Die Ursache der geringen Beschäftigungsmöglichkeiten in Deutschland liege in unserer Verarmung, in der Einschnürung der deutschen Wirtschaft** und damit in den Tributlasten, bei deren Beseitigung es sich nicht allein um eine Frage der deutschen Ehre, sondern auch um eine vordringliche Frage der deutschen Sozialpolitik handele. In der Erwerbslosenfürsorge müsse am Versicherungsprinzip festgehalten werden. Die vom Minister gegen die Zulassung von Ersatzkassen angeführten Gründe seien nicht stichhaltig. In Zukunft dürfe kein Handelsvertrag mit einem Lande abgeschlossen werden, in dem deutsche Arbeiter weniger Freiheiten genießen als Angehörige dieses Landes in Deutschland. Zuzustimmen sei der Ansicht des Ministers, daß für Luxusbauten öffentliche Mittel nicht in Betracht kommen könnten. Ebensowenig sei es aber angebracht, nur große Mietskasernen mit Zwergwohnungen in den Großstädten zu bauen. Die Sozialversicherung sollte die wiederholt geforderte größere Selbstverwaltung erhalten. Außerordentlich bedenklich sei der Plan, zur Sanierung der Knappschaftsversicherung die Rücklagen der Angestelltenversicherung anzugreifen.

Abg. **Dill** (Soz.) betont, die disziplinierte Haltung der Arbeiterschaft in dieser harten Zeit sei vor allem der jahrzehntelangen Erziehungsarbeit der Gewerkschaften zu danken. Umso empörender seien Aussperrungen aus reinem Machtstreben und aus Haß gegen die Gewerkschaften. Die bayerischen Metallindustriellen zum Beispiel hätten 40 000 Arbeiter ausgesperrt. (Hört! Hört! links.)

Abg. **Fahrenbrach** (Ztr.) erklärt, die Rettung müsse in erster Linie durch Selbsthilfe aus der Wirtschaft kommen. Aktive Sozialpolitik sei notwendig. Ernährungs-, Wirtschafts- und Arbeitsministerium müßten planmäßig zusammenwirken. Das Wirtschaftsministerium sollte während der Vakanz vom Arbeitsminister mitverwaltet werden.

Abg. **Jauschek** (Soz.) vertritt die Ansicht, daß die Lohnsenkung bereits zu weit gegangen sei. Ohne Verkürzung der Arbeitszeit werde man nicht auskommen.

Frau Abg. **Körner** (Komm.) verlangt Erhöhung der Sätze für die Wohlfahrtsunterstützten. Weiter fordert die Rednerin Ausbau des Mutterschutzes.

Abg. **Karsten** (Soz.) wirft den Kommunisten vor, daß es ihnen nur darum zu tun sei, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, und daß ihnen an einer Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterschaft in Wahrheit nichts liege. (Große Unruhe bei den Komm.) Die Sozialdemokratie wehre sich gegen jeden Abbau der Sozialversicherung, deren Mängel allerdings beseitigt werden müßten.

Abg. **Bernhard** (Soz.) wendet sich dem Lehrlingswesen zu und betont, daß zur Zeit im Baugewerbe 17 000 Lehrlinge, also über 51 Prozent, arbeitslos seien. Die Lehrlinge würden von den Arbeitgebern als Ausbeutungsobjekt betrachtet.

Abg. **Troßmann** (Bayer. Volksp.) wünscht, daß bei den kommenden Einigungsverhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern wegen der Aussperrungsmaßnahmen der bayerischen Metallindustriellen der Verständigungswille stärker sein möge als der Kampfwille. Hoffentlich zeitige der neue Plan der Wohnungsbaufinanzierung gute Erfolge.

Abg. **Winnefeld** (Deutsche Volkspartei) betont die **Notwendigkeit der Sanierung der Knappschaftsversicherung** und erörtert die dafür gegebenen Möglichkeiten. Eine Erhöhung der Kohlenpreise würde jedenfalls nur neue Beunruhigung in die Wirtschaft bringen. Die seinerzeit von dem nationalsozialistischen Abg. Börger gegen Generaldirektor Kesten gerichteten Angriffe seien unberechtigt.

Abg. **Lemmer** (Staatsp.) begrüßt die Anträge zum **Heimstättengesetz** und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß das Gesetz den jahrelangen Forderungen vieler Parteien entsprechend baldigst verabschiedet werde. Gegenüber den radikalen Parteien rechts und links werde sich am ehesten ein sozialer Staat durchsetzen, der seine Pflichten zur Linderung der großen Not voll erfülle. Mit nationalsozialistischen Mordtaten sei der staatlichen Ordnung nicht gedient.

Abg. **Dirscherl** (Wirtschaftspartei) führt **Klage über Schwarzarbeit im Bekleidungsgewerbe.**

*

Darauf werden die **Beratungen abgebrochen,** um zunächst die **dritte Beratung des**

Genfer Handelsabkommens

vorzunehmen.

Vor der Schlußabstimmung verliest Abg. **Hometer** (Landvolk) eine Erklärung seiner Fraktion, in der an Zentrum, Deutsche Volkspartei und Staatspartei der dringende Appell gerichtet wird, dem Abkommen nicht zuzustimmen. Weiter wird bedauert, daß bei diesem so einschneidenden Gesetz die beiden großen Parteien der Rechten durch ihr Fehlen die Macht der Landwirtschaftsgegner (entrüstete Zurufe bei den Soz.) entscheidend verstärkten. Sollte das Abkommen doch angenommen werden, so möge die Regierung wenigstens von der ihr gegebenen Ermächtigung keinen Gebrauch machen.

Frau Abg. **Sender** (Soz.) verwahrt sich gegen den Vorwurf der Landwirtschaftsfeindlichkeit, falls er sich auf die Sozialdemokratie beziehen sollte. Die Reichstagsabgeordneten seien nicht Vertreter eines Berufes, sondern des gesamten Volkes.

Abg. **Graf von Westarp** (Kons.) erklärt, das Abkommen könne seiner Meinung nach erst in Kraft treten, wenn es von allen Staaten ratifiziert sei.

In der namentlichen Schlußabstimmung wird das Genfer Handelsabkommen mit 231 gegen 106 Stimmen bei 8 Enthaltungen endgültig angenommen. — Dafür stimmten die Kommunisten, die Sozialdemokraten, die Staatspartei, ein Teil des Zentrums und ein Teil der Deutschen Volkspartei.

Es folgt dann die Beratung des nachträglich auf die Tagesordnung gesetzten Antrags Dr. **Breitscheid** (Soz.):

„Der Reichstag spricht seine Abscheu gegen die politische Mordhetze aus, die immer zu politischen Bluttaten führt. Die Reichsregierung wird ersucht, im Einvernehmen mit der Regierung und den Ländern unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Möglichkeit bietet, die Aufforderung zum politischen Mord wirksamer zu bekämpfen und schärfere Bestimmungen über den Handel mit Waffen und mit Munition bringt."

Verbunden mit der Beratung wird der **kommunistische Antrag auf Aufhebung des Verbotes des Rotfrontkämpferbundes.**

Abg. **Sollmann** (Soz.) **begründet den Antrag** und wird dabei andauernd durch Zurufe der Kommunisten unterbrochen, die die Sozialdemokraten für diese Taten verantwortlich machen. Der Redner erklärt weiter: **In keinem Lande der Welt seien politische Bluttaten so häufig, wie in Deutschland.** (Lebhafte Zurufe von den Komm.) Die Sozialdemokratie verurteilte alle Täter, gleichviel, zu welcher Partei sie zählten. (Erneute lebhafte Zurufe bei den Kommunisten.) **In den letzten Tagen sei ein gewisser Gipfelpunkt dieser politischen Morde erreicht.** In Hamburg sei ein sozialdemokratischer Polizeibeamter in Ausübung seines Dienstes von Nationalsozialisten niedergeschossen worden, außerdem sei ein kommunistischer Abgeordneter von Nationalsozialisten ermordet worden. Die Täter hätten auch auf Frauen und Kinder geschossen. (Erneute Zurufe bei den Kommunisten und erregte Auseinandersetzungen zwischen Soz. und Komm.) Die nervösen Anfälle, die die Kommunisten jetzt offenbar hätten, würden bei den Arbeitern im Lande wenig Verständnis finden. (Fortgesetzte Unruhe bei den Komm.) Die Nationalsozialisten seien durch diese Morde schwer belastet, sie fühlten sich getroffen. Es zeige sich die blutige Mörderfratze des Faschismus. (Lärmende Zurufe bei den Kommunisten.) **Solche Taten entsprängen nicht der Not, sondern der maßlosen Aufpeitschung aller politischen Leidenschaften. Schuldig seien alle, die ihre politischen Ziele nur mit Gewalt zu verwirklichen suchten.** (Lebhafte Zurufe bei den Kommunisten.) Die Sozialdemokraten haben vor den Terroristen keine Furcht. Banditen müßten aus dem politischen Leben entfernt werden. An der deutsch-belgischen Grenze und auch in Mitteldeutschland blühe der Waffenhandel. Die Staatsgewalt **müsse wachsam bleiben.** Den kommunistischen Antrag würden die Sozialdemokraten ablehnen (Lärm bei den Kom.), denn es sei nicht angebracht, Verbote von Organisationen aufzuheben, die sich als rücksichtslose Feinde des Staates bekämpfen. Der Reichstag möge dem sozialdemokratischen Antrag einmütig zustimmen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. **Lobhagen** (Komm.) richtet heftige Angriffe gegen den Faschismus und beschuldet die Sozialdemokraten, ihm Helferdienste zu leisten. Als der Redner erklärt, Zörgiebel habe den Faschisten die blutigen Handwerkszeuge in die Hand gegeben und weitere heftige Angriffe gegen sozialdem. Führer richtet, **entzieht ihm Vizepräsident Esser** unter dem Lärm der Kommunisten und Schlußrufen der Sozialdemokraten das Wort. **Als er trotz mehrfacher Aufforderung weiter spricht, hebt Vizepräsident Esser die Sitzung durch Verlassen seines Platzes auf.**

Die Kommunisten verlassen langsam den Saal und singen dabei die Internationale.

*

Die neue Sitzung.

Nach einer Viertelstunde wird die Sitzung vom Vizepräsidenten Esser wieder eröffnet. Er teilt zunächst mit, **daß der Abgeordnete Lobagen wegen fortgesetzter Widersetzlichkeit gegen die Anordnungen des Präsidenten auf Grund der Geschäftsordnung auf weitere 20 Sitzungstage ausgeschlossen** worden ist. (Lärm b. d. Komm.)

Abg. **Hennes** (Chr.-Soz.) nimmt zu dem **Hamburger Fall Stellung,** der noch weiterer Klärung bedürfe. Der politische Kampf sei heute entsetzlich entartet. Die politische Atmosphäre wäre je länger je mehr vergiftet. Der Christlich-Soziale Volksdienst wolle mit den Kräften des Evangeliums diese unreine Atmosphäre zu entgiften suchen und appelliere an die Parteien, den politischen Kampf ritterlich und nur mit geistigen Waffen zu führen. Das Gesetz müsse mit aller Strenge angewendet werden.

Abg. **Geschke** (Komm.) betont, daß das Republikschutzgesetz eingeführt worden sei, um angeblich die Arbeiterklasse zu schützen; aber gerade unter diesem Gesetz seien die Verfolgungen der Arbeiterschaft ständig gestiegen. Auch das neue Waffengesetz werde wieder nur gegen die Arbeiterklasse angewendet werden. Der sozialdemokratische Antrag sei nichts als eine Heuchelei. Der Rotfrontkämpferbund sei von Herrn Severing zwar verboten worden, aber sein Geist lebe fort.

Abg. **Döbrich** (Landvolk) verurteilt jeden politischen Mord. Die bestehenden Gesetze reichten aus und sollten rücksichtslose Anwendung finden. Sondergesetze lehne das Landvolk aber ab.

Der sozialdemokratische Antrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten und des Landvolks angenommen, der kommunistische Antrag gegen die Antragsteller abgelehnt.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen. Das Haus vertagt sich auf Dienstag 12 Uhr: Haushalte des Reichsarbeitsministeriums und des Auswärtigen Amts.

Schluß nach ½8 Uhr.

Verschlimmerung im Befinden Hermann Müllers.

Berlin, 17. März.

Im Laufe des Montagabend trat im Befinden des früheren Reichskanzlers Müller, der am Sonnabend operiert worden war, ein Verschlimmerung ein. Insbesondere machte sich im Laufe des Nachmittags eine starke Schwäche bemerkbar. Die Aerzte sehen den Zustand des Kranken als sehr ernst an.

Berlin. (Funkspruch.) Der **Zustand des früheren Reichskanzlers Müller** ist nach wie vor als äußerst ernst zu bezeichnen, wenn auch gegenüber den ersten Nachtstunden eine geringfügige Besserung wahrnehmbar ist. Der Kranke ist bei Bewußtsein. Ein Communique der behandelnden Aerzte wird vorläufig nicht veröffentlicht werden. Um ½8 Uhr abends treten die Aerzte zu einer neuen Beratung zusammen.

SLUB Wir führen Wissen.